

INFORMATION NACH ART. 13 UND 14 DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG (DS-GVO)

1. Bezeichnung des Verarbeitungsvorgangs:

Wirtschaftliche Jugendhilfe

2. Kontaktdaten Verantwortlicher:

Kreisverwaltung Mayen-Koblenz
Abteilung 5.1 - Kinder, Jugend und Familie
Bahnhofstr. 9
56068 Koblenz
Telefon: 0261 / 108-0
E-Mail: info@kvmyk.de

3. Kontaktdaten Datenschutzbeauftragte:

Kreisverwaltung Mayen-Koblenz
Datenschutzbeauftragte
Bahnhofstr. 9
56068 Koblenz
Telefon: 0261 / 108-556
E-Mail: datenschutz@kvmyk.de

4. Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Wirtschaftliche und rechtliche Abwicklung von Maßnahmen der Jugendhilfe einschließlich Kostenbeteiligungen und Durchsetzung von Erstattungsansprüchen

5. Rechtsgrundlage(n) der Verarbeitung personenbezogener Daten:

- Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DS-GVO i. V. m. § 35 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I), §§ 67 ff. Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) und §§ 61 ff SGB VIII
- Einkommenssteuergesetz, Abgabenordnung, Gesetz zur Terrorbekämpfung, Bundes- und/oder Landeshaushaltsordnung
- Einwilligung in Form von Auskunftsermächtigungen und Schweigepflichtentbindungen.

6. Betroffene Personen:

- Leistungsempfänger (Kinder, Eltern und Haushaltsangehörige)
- verwandte Personen des Kindes/der Eltern
- Rechtliche Vertreter
- Jugendhilfeeanbieter
- Pflegefamilien

7. Betroffene Daten/Datenkategorien:

- Name
- Vorname
- Geburtsdatum
- Geburtsort
- Anschrift
- Telefonnummer (optional)
- Staatsangehörigkeit
- Beruf
- Gehaltsabrechnungen
- Einkommensbelege Selbstständiger
- Steuerbescheide
- Sozialleistungsbescheide
- Bankverbindungen
- Geschlecht
- Familienstand
- Sorgerechtsregelungen
- Steuer-ID der Pflegefamilie
- Krankenversicherungsstatus
- Kindergeldbescheide
- Ärztliche Befundunterlagen
- Besondere Kategorien personenbezogener Daten nur dann, wenn dies zur Bearbeitung im Einzelfall notwendig ist.

8. Empfänger der Daten bzw. Kategorien von Empfängern (auch Auftragsverarbeitung):

- Kreiskasse Mayen-Koblenz für Ein- und Auszahlungen
- Mit der Umsetzung von Maßnahmen beauftragte Personen und Institutionen
- Sozialleistungsträger (Krankenkasse, Rententräger, Pflegeversicherung)
- Meldebehörde bei Wohnsitzermittlung
- Statistisches Landes- und Bundesamt in anonymisierter Form
- Familienkasse
- Finanzverwaltung
- Schulen

Je nach Einzelfall und nur, soweit eine anonymisierte Mitteilung ausscheidet bzw. dies nach §§ 69, 76 SGB X und § 65 SGB VIII zulässig ist:

- Verwaltungs- und Sozialgerichte
- Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
- Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rh.-Pf.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bank oder Sparkasse
- Aufsichtsbehörden
- Bundes- und Landesrechnungshof

- weitere Sozialleistungsträger
- Auftragsverarbeiter (Fernwartung)

9. Übermittlung an Drittland:

entfällt

10. Dauer der Speicherung:

10 Jahre nach Beendigung der Leistungsverpflichtung

11. Betroffenenrechte:

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historischen und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

12. Beschwerderecht:

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (55116 Mainz, Hintere Bleiche 34,

Telefon: 06131 / 8920-0, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand der Information: 19.07.2022